



# Universitätszeitung

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN - ORGAN DER PARTEILEITUNG DER SED

## Für ein glückliches Deutschland!

Von Professor Dr.-Ing. Hans Frühauf, Prorektor an der Technischen Universität Dresden und Direktor des Instituts für Hochfrequenztechnik und Elektronenröhren

„Das deutsche Volk braucht den Frieden wie das tägliche Brot, wie die Luft zum Atmen. Ein neuer Krieg auf deutschem Boden könnte das Ende der Nation sein.“ (Aus dem Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“.)

Als der zweite Weltkrieg vor nunmehr 17 Jahren zu Ende ging, hinterließ er in Deutschland, dessen ehemalige Machthaber ihn verschuldet und vom Zaune gebrochen hatten, ein Meer von Blut und Tränen, ein Chaos ohnegleichen: er hatte ehemals blühende Ländereien zerstört, Städte und Dörfer in Ruinen verwandelt, Industrie- und Kulturzentren zertrümmert und ethische und sittliche Werte vernichtet. 30 Millionen Tote beklagte die Menschheit als das erschütternde Ergebnis eines mit allen Mitteln organisierten Mißbrauchs von Wissenschaft und Technik für die verbrecherischen Ziele eines „totalen“ Krieges und Völkermordens, die für ihre Urheber zwar mit einer ebenso totalen Niederlage endeten, aber auch dem deutschen Volk unsagbare Not und bitterstes Leid brachten. In zwei Weltkriegen, in die das deutsche Volk durch die gleichen Kräfte hineingerissen wurde, hatte es nichts gewonnen, aber vieles verloren und darüber hinaus zahlreichen Völkern Leid und Schmerzen, Tod und Elend gebracht und so den deutschen Namen mit Schmach und Schande bedeckt.

Noch nie so sehr wie in den Tagen nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges mußte die Mehrzahl der Menschen in Deutschland erkennen, daß sie wiederum um die Ergebnisse ihrer fleißigen Arbeit betrogen worden war und daß es wiederum dieselben Kräfte des Kapitals, der Banken und Konzerne im Verein mit dem deutschen Militarismus waren, die diese so verhängnisvolle Entwicklung herbeigeführt hatten.

### DDR – wahrhaft deutscher Friedensstaat

Eine neue, friedliche Entwicklung deutscher Geschichte schien für ganz Deutschland ihren Anfang zu nehmen, als im Potsdamer Abkommen der Großmächte der Anti-Hitler-Koalition der antimilitaristische Kampf der besten Kräfte unseres Volkes seine internationale juristische Legitimation fand. Seitdem sind 17 Jahre verflossen. Im Osten Deutschlands wurde der Weg des Potsdamer Abkommens, der Weg zur Liquidierung des deutschen Imperialismus, Militarismus und Faschismus beschritten und die Enteignung ihrer Kriegsverbrecher, der Faschisten, der Großgrundbesitzer, der Monopole und Konzerne diesen Kräften, die Deutschland schon zweimal in einen verheerenden Weltkrieg verwickelt hatten, das ökonomische und politische Fundament ihrer Macht entzogen. So kann daher die Deutsche Demokratische Republik sich mit vollem Recht als den wahrhaft deutschen Friedensstaat bezeichnen, der, indem er das Abkommen der Anti-Hitler-Koalition realisierte, auch die internationale juristische Legitimation schuf, das friedliebende Deutschland zu repräsentieren.

Im Westen Deutschlands wurde die Schlußfolgerung aus den Erfahrungen der Vergangenheit nicht gezogen und der Grundgedanke des Potsdamer Abkommens der Liquidierung des deutschen Imperialismus, Militarismus und Faschismus nicht verwirklicht, im Gegenteil gelang es einer großen Zahl der alten Faschisten und Militaristen, mit offener Duldung der westlichen Besatzungsmächte wieder in die alten Schlüsselstellungen des Staats- und Wirtschaftsapparates einzurücken und damit die alte Politik des Kapitals, der Monopole und Konzerne und des Militarismus fortzusetzen. Sie können der deutschen Nation mit ihrem Streben nach Aufrüstung, nach atomarer Bewaffnung und nach Revision der bestehenden Grenzen nicht die Sicherheit eines Friedens in Deutschland und damit des Glücks unserer Menschen bieten.

Die deutsche Geschichte liefert zahlreiche Beispiele dafür, daß das Machtstreben des deutschen Großkapitals, vereint mit dem deutschen Militarismus, unserer Nation nur Not und Elend und schließlich Krieg und Vernichtung gebracht hat. Darüber hinaus weiß heute jeder, der die Potenzen und Möglichkeiten einer modernen Wissenschaft und Technik abzuschätzen vermag, daß der Menschheit jetzt Kräfte in die Hand gegeben sind, die um ein Vielfaches größer sind als je zuvor. Jene Kräfte, die, wenn

sie in einem Krieg als die furchtbarsten Massenvernichtungswaffen, die wir kennen, zum Einsatz gelangen, in der Lage sind, alle Errungenschaften der Zivilisation und Kultur einer ganzen Menschheitsgeschichte und die Menschheit selbst zu vernichten. Daraus resultiert auch von dieser Warte aus gesehen, daß der Bestand unserer Nation nur gesichert werden kann, wenn in ganz Deutschland die Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts die Oberhand gewinnen, das heißt, wenn auch in Westdeutschland an Stelle des alten Widerspruchs zwischen den kapitalistisch-imperialistischen Zielen der dort noch herrschenden Klasse und den auf Frieden und Demokratie gegründeten Interessen der arbeitenden Bevölkerung eine Entwicklung sichergestellt wird, die in eine friedliche und demokratische Zukunft weist.

Daraus ergibt sich auch die große Bedeutung des Dokumentes „Die geschicht-

liche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, das der gesamten deutschen Nation zur Beratung vorliegt. Möge unser deutsches Volk in dieser entscheidenden Phase seiner Entwicklung die Bedeutung dieses Dokumentes klar erkennen und aus ihm die notwendigen Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung ziehen! Heute mehr denn je sollte unser Tun und Lassen von dem Gedanken beseelt sein: „Das deutsche Volk braucht den Frieden wie das tägliche Brot, wie die Luft zum Atmen. Ein neuer Krieg auf deutschem Boden könnte das Ende der Nation sein.“

Das aber bedeutet, auf unsere Arbeit bezogen, stets darauf bedacht zu sein, auch unsere Wirtschaft zu stärken; denn dadurch stärken wir den Staat, der die geschichtliche Aufgabe übernommen hat, in der Welt die friedliebende und demokratische deutsche Nation zu repräsentieren.



Mit einer herzlichen Umarmung unterstreicht Genosse Martin Ruhnow, Mitglied der UPL, die Glückwünsche für das algerische Volk, die er im Auftrage aller Genossinnen und Genossen unserer Parteiorganisation überbrachte.

Unser Bild wurde am Sonntag, dem 25. März, im Otto-Buchwitz-Saal auf einer Feierstunde anläßlich des Waffenstillstandes in Algerien aufgenommen. Höhepunkt der Veranstaltung war die Vorführung des DEFA-Films „Allons enfants pour l'Algérie“. Dieser Film zeigte unseren algerischen Freunden erneut, daß der deutsche Friedensstaat, die Deutsche Demokratische Republik, gegenüber dem gerechten Kampf des algerischen Volkes immer solidarisch war und es bei der Bewältigung der kommenden Aufgaben weiterhin unterstützen wird.

## Das große Gespräch beginnen

### Das nationale Dokument – Grundgesetz der deutschen Nation

Am 2. April 1962 beriet die Universitätsparteileitung gemeinsam mit den Mitgliedern der neu gewählten APO-Leitungen, den Leitungen der Fakultäten und Bereiche, den Parteigruppenorganisatoren und den Funktionären der Massenorganisationen die Aufgaben der Parteiorganisation der Technischen Universität bei der Durchführung der Beschlüsse des 15. Plenums und der Erläuterung des nationalen Dokumentes „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“.

Der 1. Sekretär der Parteiorganisation, Genosse Ehrlich, betonte, daß auf dem 15. Plenum beraten wurde, wie die Beschlüsse des V. Parteitag und des 14. Plenums auf allen Gebieten durchgeführt werden müssen.

Mit dem nationalen Dokument ist die theoretisch-ideologische Grundlage unserer Politik gegeben. Der Volkswirtschaftsplan 1962 und die Richtlinien der weiteren ökonomischen Entwicklung unserer Republik zeigen, wie die Aufgaben zu lösen sind.

Mit gutem Recht kann das Dokument ein Grundgesetz der deutschen Nation genannt werden, denn es ist ein grundlegendes politisches Dokument, das nach kritischer Einschätzung der Vergangenheit den Weg in der Gegenwart und in die Zukunft des deutschen Volkes umreißt.

In dem nationalen Dokument sind die vom Genossen Walter Ulbricht auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees entwickelten neuen theoretischen Erkenntnisse und Schlußfolgerungen über den

komplizierten Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Deutschland an Hand eines wissenschaftlich exakten, in der Darstellung prägnanten deutschen Geschichtsbildes dargestellt.

Die vornehmste Aufgabe in der Weiterführung der Parteiwahlen und zur engen Verbindung mit den parteilosen Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Angestellten besteht darin, das nationale Dokument überall zu erläutern und alle Angehörigen der Universität für die Durchführung unserer nationalen Politik, in deren Mittelpunkt die allseitige Stärkung der ökonomischen Macht der DDR steht, zu gewinnen.

Das setzt voraus, daß alle Genossen sofort mit dem gründlichen Studium des Dokumentes beginnen und die Leitungen dieses Studium organisieren.

So wie der Senat in einer außerordentlichen Sitzung das nationale Dokument berät, müssen alle Leitungen der Partei, der Gewerkschaft und des Jugendverbandes, aber auch die Räte der Fakultäten nach gründlichen Beratungen festlegen, wie sie den Inhalt des Dokumentes zur Grundlage ihrer Arbeit machen wollen, um zu erreichen, daß die Grundgedanken unserer nationalen Politik gelstiger Besitz aller Angehörigen der Universität werden.

Im Anschluß an das Referat diskutierten die Teilnehmer der Beratung in mehrstündigen Seminaren die Probleme des Dokumentes und die ersten Erfahrungen bei seiner Erläuterung.

## Herzlichste Glückwünsche

### Glückwunsch Walter Ulbrichts

Sehr geehrter Herr Professor Pauer!  
Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beglückwünscht Sie herzlich zu Ihrem heutigen 75. Geburtstag und verbindet seine guten Wünsche zugleich mit dem Dank für die von Ihnen für die Wissenschaft und die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik geleistete hervorragende Arbeit.

In Ihrer Dissertation- und in Ihrer Habilitationsschrift behandelten Sie das wirtschaftlich so wichtige Gebiet der Abwärmeverwertung und begründeten zugleich die Ausbildungsrichtung des Ingenieurs für Wärmewirtschaft, der aus der heutigen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken ist.

In Ihrer fast vierzigjährigen Tätigkeit als Hochschullehrer bauten Sie die Lehre von der industriellen Wärmewirtschaft durch Ihre wissenschaftliche Erarbeitung von Arbeitsverfahren, Berechnungsgrundlagen und wärmetechnischen Diagrammen weiter aus und faßten Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in dem Werk „Energiespeicherung“, „Einführung in die Kraft- und Wärmewirtschaft“, in technisch-wissenschaftlichen Standardwerken und in Einzeldarstellungen zusammen.

Ihr großes pädagogisches Geschick, das sich mit Ihren langjährigen praktischen Erfahrungen und tiefen wissenschaftlichen Erkenntnissen vereinigte, trug dazu bei, eine Vielzahl junger, hochbegabter Energiewirtschaftler auszubilden. Während Ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion arbeiteten Sie an wesentlichen thermodynamischen Untersuchungen und leisteten einen Beitrag zur Stärkung des gesamten sozialistischen Lagers.

Wir wünschen Ihnen noch weitere Jahre voll Schaffenskraft, guter Gesundheit und persönlichem Wohlergehen.

Mit sozialistischem Gruß!  
Walter Ulbricht,  
Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,  
Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik  
Berlin, den 1. April 1962

Herrn Professor Dr.-Ing. Walther Pauer zur Verleihung des Ehrentitels „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ anläßlich seines 75. Geburtstages



## Beschluß des Senats

In Auswertung der Rektorenkonferenz vom 28. Februar 1962 beriet der Senat der Technischen Universität Dresden Probleme des 15. Plenums des Zentralkomitees, wie: Die Erhöhung der Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit in Lehre und Forschung, die verstärkte Hilfe für die sozialistische Praxis und die Verantwortung für die sozialistische Erziehung der Studenten.

In Würdigung der hervorragenden Bedeutung des nationalen Dokumentes „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ beschloß der Senat,

### eine außerordentliche Senats-sitzung

am 4. April 1962 durchzuführen, auf der das Dokument und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die Arbeit der Technischen Universität Dresden auf allen Gebieten beraten werden soll.